

gegen jahrelang die weiße Regierung unterstützt und ihr Siegel damit auch unter dessen Apartheid-Politik gesetzt. Erst als sich Südafrikas Kampf gegen die Apartheid einem erfolgreichen Ende näherte, seien die "Taiwan-Behörden" zum Kurs des "Afrikanischen Nationalkongresses" übergeschwenkt.

Seit drei Jahren warte nun die VR China geduldig darauf, daß Südafrika den Realitäten Rechnung trage und mit Beijing in offizielle Beziehungen eintrete, gleichzeitig also auch sein Verhältnis zu Taiwan abbreche. Das Land möge sich nicht länger von Taiwans "Gelddiplomatie" irreführen lassen. Eine "Doppelanerkennung" führe zu nichts.

Diplomatische Beziehungen zwischen Taiwan und der Republik Südafrika waren am 28.4.1976 aufgenommen worden. Schon vorher hatten beide Seiten miteinander enge wirtschaftliche und politische Kontakte unterhalten, doch war die Regierung in Taibei aus Rücksicht auf die schwarzafrikanischen Länder mit der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zum Apartheid-Staat auf Wartestellung geblieben. Erst nachdem sich die meisten afrikanischen Partner von Taibei abgewandt und - im Gefolge der Aufnahme der VRCh in die UNO 1971 - diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen hatten, sah Taiwan keinen Anlaß mehr, die Schamfrist noch länger hinauszuschieben.

Beide Regierungen hatten seitdem eine Art "Partnerschaft unter Ausgestoßenen" geführt: Hie das diplomatisch immer einsamer werdende Taiwan, dort das wegen seiner Apartheidpolitik verfeimte Südafrika. So sehr haben sich beide Seiten in den nachfolgenden 20 Jahren an die glänzend funktionierende Zusammenarbeit gewöhnt, daß es selbst einem Politiker wie Mandela, der unter Südafrikas Apartheidpolitik ja jahrzehntelang gelitten hatte, als "unmoralisch" erschiene, die einstige Partnerschaft in Not so mir nichts dir nichts wieder aufzukündigen. -we-

Innenpolitik

*(5)

Das "10.000-Zeichen-Memorandum": orthodoxe Kritik am Reformkurs und Untergangswarnungen

Eine umfangreiche politische Denkschrift, die seit Herbst 1995 in Partei- und Intellektuellenkreisen der VR Chi-

na inoffiziell zirkuliert, hat im Vorfeld der Oktober-Plenartagung des Zentralkomitees der KPCh für beträchtliche Unruhe gesorgt. Das anonym verbreitete Dokument trägt den Titel "Einige Faktoren, die die Sicherheit des chinesischen Staates berühren" und übt aus orthodoxer marxistisch-leninistischer Sicht Kritik an Mißständen und Fehlentwicklungen, die als Folge der Reform- und Öffnungspolitik in China zu Tage treten. In China wird das Dokument, das auf starke Beachtung unter Ideologie- und Propagandakadern und auf leidenschaftliche Ablehnung unter Reformbefürwortern stößt, wegen seines Umfangs nur kurz "10.000-Zeichen-Memorandum" genannt.

Der Text des klassenkämpferischen Memorandums wurde von einer Hongkonger Zeitschrift im Wortlaut abgedruckt (*Yazhou zhoukan*, 14.1.1996, S.22-28, übersetzt in SWB, 16.9.1996) und enthält nicht nur schneidende Kritik an der Wirtschaftsreformpolitik, sondern auch nachdrückliche Warnungen vor einem möglichen Untergang der Kommunistischen Partei, der durch die unkontrollierte Ausbreitung einer "neuen Bourgeoisie" der Privatunternehmer, durch Korruption in Partei und Staat sowie durch den wachsenden Einfluß des "internationalen Kapitals" hervorgerufen werden könnte. Folgende Kernpassagen sind in der Denkschrift enthalten:

* "Der neu entstandene Privatsektor wird als wirtschaftlicher Rückhalt für die politischen Forderungen der neu entstandenen Bourgeoisie dienen... Sobald es die Situation erlaubt, werden diese Leute [die Privatunternehmer] nicht viel Zeit brauchen, um offen eine bourgeoise politische Partei zu gründen... Die innerchinesische Bourgeoisie vereint ihre Kräfte mit dem internationalen Kapital, um die Strategie der friedlichen Evolution [zum Kapitalismus] in China durchzusetzen."

* "Zwar fanden [in der Geschichte der VR China] mehrere große Auseinandersetzungen innerhalb der KPCh statt, aber diese wurden in einem Umfeld ausgetragen, in dem es keine außerparteiliche Bourgeoisie gab. Gleich wie die innerparteilichen Auseinandersetzungen [damals] verliefen, die Führung der Partei über den Staat war nie direkt gefährdet. Die Rückkehr der Bourgeoisie aber hat dieses Umfeld fundamental verändert... Wenn die Bedingungen einmal reif sein sollten, werden [diese Kräfte] die Kommunistische Partei 'vollständig zerstören' mit

der Kooperation und Unterstützung der internationalen Bourgeoisie."

* "Die Schwächung der Parteiorganisation gleicht einer Osteoporose... Infolge der Aufgabe der Planwirtschaft, der partiellen Restauration des Privateigentums, des Kollapses des sozialistischen Systems in Osteuropa und der Sowjetunion haben große Verschiebungen im Bewußtsein mancher Parteimitglieder stattgefunden... Aus deren Sicht ist der Sozialismus gescheitert, der sozialistische Entwicklungsweg ist eine Sackgasse, der Kommunismus ist bloße Fantasie und Marxismus-Leninismus/Mao-Zedong-Ideen sind überholt."

* "Wenn solche ideologischen Veränderungen sich in der Partei ausbreiten, ist kaum zu erwarten, daß eine große Zahl von Parteimitgliedern mutig voranschreiten wird, um für die Partei zu kämpfen, sollte eine ähnliche Situation entstehen wie beim 'August-Zwischenfall' in der Sowjetunion [1991]. Unsere [mehr als] 50 Mio. Parteimitglieder werden dann nicht zählen."

* "Ein Bauer aus dem Kreis Renshou in der Provinz Sichuan hat [kürzlich] gesagt: 'Die Kommunistische Partei liebt heutzutage die Reichen mehr als die Armen'... Eine beträchtliche Zahl von Arbeitern und verarmten Bauern findet, daß die Partei nicht ihre Interessen, sondern die Interessen derjenigen repräsentiert, die Wissen, Fähigkeiten und Reichtum besitzen... Diese Entfremdung... wird die Partei in kritischen Momenten in eine isolierte und hilflose Situation hineinmanövrieren ähnlich der, in der sich die KPdSU während des 'August-Zwischenfalls' 1991 befand".

Der ehemalige Direktor der KP-Propaganda-Abteilung, der 81jährige Deng Liqun, der seit den achtziger Jahren zahlreiche marxistische Theoretiker um sich versammelt hat und in den neunziger Jahren zum führenden Vertreter des politisch geschwächten orthodoxen Flügels der KPCh geworden ist, hat im September auf einer Beijinger Wirtschaftskonferenz öffentlich erklärt, daß er persönlich mit der Denkschrift nichts zu tun habe. Das Dokument sei von einem bislang unbekanntem Autor namens Li Yanming verfaßt worden, der "schreiben kann, was er will". Allerdings wies Deng Liqun darauf hin, daß auch er in der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Chinas "viele Probleme trotz des großen Potentials" sehe. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß Deng Li-

gun zumindest die Verbreitung des reformkritischen Dokuments gefördert hat. (*Mingbao*, Hongkong, 18.9.1996, nach SWB, 19.9.1996)

Nach Erkenntnissen der Beijing-freundlichen Hongkonger Zeitschrift *Jingbao* (1996/8, S.23-26.) haben sich Vertreter orthodoxer Positionen in den Sommermonaten verstärkt zu Wort gemeldet, um vor der ZK-Plenartagung das Gewicht marxistisch-leninistischer Prinzipien und der revolutionären Tradition der KPCh ins Spiel zu bringen. Es handelt sich um einen Vorgang des politischen Lobbying wie er auch in der Vergangenheit vor wichtigen Parteikonferenzen häufig zu beobachten war.

Einen Eklat allerdings rief die inoffizielle Auseinandersetzung mit dem "10.000-Zeichen-Memorandum" hervor, als der prominente Reformökonom Cao Siyuan (Mitautor des chinesischen Bankrottgesetzes) einen Artikel in der *Monatsschrift zur Wirtschaftsarbeit* (*Jingji gongzuo yuekan*, 1996/7, erscheint in der Provinz Guizhou, wiederabgedruckt in *Mingbao*, Hongkong, 16.8.1996, nach SWB, 13.9.1996) publizierte, in dem er einzelne Passagen des Memorandums wörtlich zitierte und den Text als "ultra-'linkes' Programmdokument" vernichtend kritisierte. Da eine solche öffentliche Diskussion nicht im Interesse der Propaganda-Abteilungen der KPCh ist, untersagte die Presse- und Publikationsverwaltung (das ist der staatliche Arm der KP-Propaganda-Abteilungen) den Vertrieb der betreffenden Zeitschriftenausgabe, weil Cao Siyuans Artikel "die Propaganda-Disziplin verletzt" habe. (IHT, 12.9.1996)

Daß die im "10.000-Zeichen-Memorandum" enthaltenen Warnungen vor einer antichinesischen "Verschwörung" des Westens unter Führung der USA auch in der Parteispitze geteilt werden, machte Jiang Zemin in diesem Jahr in mehreren öffentlichen Reden deutlich. Eine Gruppe von hochrangigen Beijinger Politikberatern legte, so *Jingbao* (1996/8, S.23-26), kürzlich einen ausführlichen Bericht mit folgendem Tenor vor: Da die Vereinigten Staaten in der heutigen Welt eine dominante Stellung besäßen, akzeptierten sie kein stärkeres China, das zu einem Rivalen im künftigen weltweiten Wettbewerb werden könnte. Die strategische Absicht der USA sei es deshalb,

* entweder China "zu einem Teil der kapitalistischen Welt zu machen, um besseren Zugang zum chinesi-

schon Markt zu erlangen und die vielfältigen natürlichen Ressourcen Chinas zu nutzen",

* oder aber eine international abgestimmte Eindämmungs- und Zersetzungspolitik gegenüber China zu betreiben, um China "auf den gleichen verhängnisvollen Weg wie die ehemalige Sowjetunion zu führen", indem China zu einer kostspieligen Aufrüstung und in die internationale Isolation gezwungen werde. Dadurch könnte wie im Falle der UdSSR der nationale wirtschaftliche Niedergang Chinas eingeleitet und der politische und wirtschaftliche Zerfall herbeigeführt werden.

Das "10.000-Zeichen-Memorandum" sollte in seinen politischen Wirkungen nicht überschätzt werden. Es formuliert aber zweifellos viele der Bedenken gegenüber politischen und sozialen Konsequenzen der Reform- und Öffnungspolitik, die in Teilen der höchsten Parteiführung geteilt oder zumindest diskutiert werden. Bislang allerdings hält die Parteispitze an Deng Xiaopings Weisung fest, daß konfliktträchtige Debatten über ideologisch-politische Grundsatfragen in einer kritischen Übergangsperiode zurückzustellen seien. Mit der jüngsten Kontroverse, die nur mühsam aus der Öffentlichkeit herausgehalten werden konnte, wird jedoch deutlich, daß es auf Dauer kaum möglich sein wird, solchen Grundsatzdebatten aus dem Weg zu gehen. -hei-

*(6)

Bemühungen um Polizeireform: Qualifizierung des Personals und Kritik an verbreitetem Amtsmissbrauch

Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (MfÖS) und das Personalministerium haben gemeinsam neue Bestimmungen über die Rekrutierung und Entlassung von Polizisten erarbeitet und beschlossen. Die beiden neuen Regelwerke sind im Einklang mit dem Polizeigesetz von 1995 und der Vorläufigen Verordnung über Staatsbedienstete von 1993 formuliert worden. Erklärtes Ziel ist es, die allgemeine Qualität des Polizeipersonals zu heben und, so ein Vertreter des MfÖS, zu verhindern, daß unzureichend qualifizierte Polizisten das öffentliche Ansehen der Abteilungen für Öffentliche Sicherheit beschädigen. Bislang habe man untaugliches Personal kaum aus dem Polizeidienst entfernen können.

In den Rekrutierungsbestimmungen werden nun die für den Polizeidienst erforderlichen Qualifikationen sowie der

Inhalt der Zugangsprüfungen und die Bewerbungsverfahren festgelegt. Die Entlassungsbestimmungen enthalten neben Verfahrensvorschriften und Berufungsklauseln auch Regeln zur Arbeitslosensicherung vorzeitig entlassener Polizisten. Die neuen Bestimmungen traten bereits am 27. September in Kraft. (Xinhua, 24.9.1996, nach SWB, 2.10.1996)

Ebenfalls im September hat die Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh eine "Stellungnahme des MfÖS-Parteikomitees zum System des Austauschs von Führungskadern in Polizeiorganen auf Kreisebene" verbreitet. Unter Führung der jeweils zuständigen Parteikomitees (die Polizei ist in China der direkten Kontrolle durch Parteiorganen unterstellt) hätten seit 1993 nach unvollständigen Statistiken 1.705 Polizei-Leitungskader in 1.226 Kreisen sowie 151 Polizei-Leitungskader in 76 (Bezirks-)Städten und Bezirken am Personalaustausch teilgenommen.

Es habe sich gezeigt, daß diese Praxis förderlich sei für die korrekte Aufgabenerfüllung und Leistungsfähigkeit der Polizei wie auch für die Verbesserung der Führungsqualitäten von Polizeikadern. Das Parteikomitee des MfÖS hat nun die Erfahrungen der vergangenen Jahre gebündelt und die Methoden und Regeln des horizontalen und vertikalen Personalaustauschs festgelegt, der unter den Direktoren und Politkommissaren von Polizeibehörden sowie deren Stellvertretern in einem festgelegten Turnus fortgeführt werden soll. (Xinhua, 27.9.1996, nach SWB, 2.10.1996)

Ungeachtet dieser polizeiinternen Bemühungen um Personal- und Organisationsreform übten Vertreter der Obersten Volksstaatsanwaltschaft im Oktober scharfe Kritik an von Polizisten verübtem Amtsmissbrauch und an verbreiteten Folterungen in Gefängnissen. (Xinhua, 10./16.10.1996, nach SWB, 15./18.10.1996) Die Staatsanwaltschaften aller Ebenen wurden dazu aufgerufen, die Aufsicht über die Vollzugsorgane zu verstärken: die Erpressung von Geständnissen unter Folter, illegale Inhaftierungen, Korruption und Mißhandlungen in Gefängnissen und sonstige Fälle von Amtsmissbrauch seien in den letzten Jahren "in vergleichsweise großer Zahl" vorgekommen. Die Staatsanwaltschaften müßten diesen Fällen mit besonderer Sorgfalt nachgehen, "um unsere Entschlossenheit und Fähigkeit zum Schutz der Menschenrechte zu demonstrieren". -hei-

*(7)

Vorschläge zur Reform der Staatsinstitutionen und zur Kontrolle des Staatsvermögens

Das einflußreiche Forschungsinstitut der Staatlichen Kommission für die Wirtschaftsstrukturreform hat kürzlich einen Bericht vorgelegt, der auf die Dringlichkeit einer weiteren Reorganisation und Modernisierung der Staatsinstitutionen hinweist. Der Bericht, der in Auszügen in der Hongkonger Zeitung *Mingbao* vom 6. September zitiert wird (siehe SWB, 5.10.1996), formuliert konkrete Vorschläge insbesondere zur Modernisierung der Wirtschaftsverwaltung. Die Rundumerneuerung der zum Teil noch aus planwirtschaftlichen Zeiten ererbten Verwaltungsstrukturen müsse mit dem Aufbau einer "sozialistischen Marktwirtschaft" in den kommenden 15 Jahren weiter betrieben werden.

Wirtschaftsbehörden mit branchenspezifischen Befugnissen (*zhineng bumen*) sollen zusammen mit den ihnen unterstellten Staatsunternehmen schrittweise zu "ökonomischen Einheiten ohne Regierungsfunktionen", zu Staatsholding-Gesellschaften oder zu selbstverwalteten Fachverbänden umgewandelt werden.

Manche früheren Branchenministerien und regionalen Branchenbehörden haben den hier vorgeschlagenen Umwandlungsprozeß bereits als Ergebnis früherer Verwaltungsreformen durchlaufen und firmieren heute als Branchen-"Hauptgesellschaften" oder Branchen-"Hauptverbände". Solche "abgewickelten" Branchenministerien nehmen vielfach weiterhin administrative Regulierungsfunktionen wahr, sind aber zum Teil mit Erfolg vom Staatshaushalt abgekoppelt worden und finanziell nun auf sich selbst gestellt. Dies soll nicht nur zur Entlastung des Staatsbudgets, sondern durch die Trennung zwischen Verwaltung und Unternehmen (*zheng qi fenkai*) auch zu einer Effizienzsteigerung in den betroffenen Branchen führen.

Wirtschaftsbehörden mit branchenübergreifenden Koordinations- und Aufsichtsbefugnissen (*zonghe bumen*), etwa die Planungs- oder Wirtschafts- und Handelskommissionen, sollen schrittweise zu Abteilungen mit integrierten makroökonomischen Regulierungs- und Kontrollkompetenzen umorganisiert werden.

Die Verwaltung und Kontrolle des Staatsvermögens, das in den Kompetenz- und Aufsichtsbereich einzelner Behörden fällt, muß dem Bericht zufolge zu einem vorrangigen Ziel der Reorganisationsmaßnahmen werden. Die mißliche Situation, daß für einen Teil des Staatsvermögens kein eindeutig definierter institutioneller "Eigentümer" existiere, soll so schnell wie möglich durch ein Gesetz über die Verwaltung von Staatsvermögen und durch die Errichtung entsprechender Aufsichtsorgane (Kommissionen für die Verwaltung von Staatsvermögen) behoben werden. Nur so ließe sich der unkontrollierte Abfluß von Staatsvermögen verhindern. -hei-

*(8)

Gemeinderegierungen im Zwielficht: Ämterkauf und unantastbare "Tiger"

In einem ausführlichen Bericht zu Korruptionsphänomenen und Korruptionsursachen in der VR China hat die Hongkonger Zeitung *Hsin Bao* vom 16. August auf einen weitreichenden Ordnungsverfall in manchen örtlichen Partei- und Regierungsorganen hingewiesen. So habe insbesondere auf Gemeindeebene in den letzten Jahren ein zum Teil schwunghafter Handel mit Partei- und Regierungsämtern eingesetzt: Der "Preis", für den in manchen Regionen das Amt eines Gemeindeparteisekretärs zu erlangen sei, betrage gegenwärtig rund 300.000 Yuan RMB und habe sich im Vergleich zum Vorjahr annähernd verdoppelt. Die Position eines Gemeindegamagistrats sei für 200.000 Yuan RMB zu haben (im Vorjahr noch preiswerter für 50.000-100.000 Yuan).

Auch Leitungspositionen in wichtigen Wirtschaftsbehörden seien überaus begehrt und würden von Amtsinhabern häufig für die persönliche Bereicherung im Rahmen einer selbstherrlichen Verwaltungsführung genutzt. Die Leiter von Wirtschaftsbehörden oder gemeindeeigenen Branchen-"Gesellschaften" üben meist eine monopolistische Kontrolle über die örtliche Versorgung mit Elektrizität, Wasser, Treibstoff oder Telekommunikationsmitteln aus. Sie gelten in vielen Gemeinden als unantastbare "Tiger", mit denen sich kein Unternehmer, geschweige denn ein einfacher Chinese, überwerfen darf, wenn er gravierende Nachteile für sich vermeiden will. Erscheinungen wie Ämterkauf und "Tiger"-Autokratie auf Gemeindeebene machen deutlich, daß der Kommunistischen Partei die Kon-

trolle über Regierungen und Wirtschaftsverwaltung insbesondere unterhalb der Kreisebene in manchen Gegenden zu entgleiten droht.

In Beijing werden gegenwärtig erweiterte Bestimmungen zur Korruptionsbekämpfung diskutiert, die unter anderem vorsehen, daß Funktionäre, die mit öffentlichen Mitteln kostspielige Feiern und Festessen abhalten, strafrechtlich verfolgt werden sollen. Darüber hinaus sollen für individuelle Korruptionsvergehen künftig auch juristische Personen und Institutionen als Ganzes haftbar gemacht werden. -hei-

*(9)

Angehörige ethnischer Minderheiten im Staatsdienst: neue Zahlen

Auf einer Konferenz der Staatlichen Kommission für Nationalitätenangelegenheiten, die für die Politik gegenüber ethnischen Minderheiten und für die Regelung des Verhältnisses zwischen den in China lebenden Volksgruppen zuständig ist, wurden neue Zahlen zur Rolle von Minderheitenkadern im Staatsdienst der VR China bekanntgegeben. (Xinhua, 14.9.1996)

Unter den chinesischen Staatsbediensteten (Ende 1995 insgesamt 38,3 Mio.) finden sich, so die offiziellen Angaben, derzeit 2,48 Mio. Angehörige von Minderheitenvolksgruppen, das sind 6,48% aller Staatskader. 1993 war unter Leitung der Nationalitätenkommission ein Achtjahrplan zur Förderung ethnischer Minderheitenvertreter in der Staatsverwaltung beschlossen worden. Seitdem hat deren Anteil offenbar zugenommen.

In 156 Verwaltungseinheiten, in denen Minderheitenvolksgruppen nach dem Autonomiegesetz von 1984 weitreichende Selbstverwaltungsrechte zugestanden werden, gehören sämtliche Regierungschefs der jeweiligen ethnischen Minderheit an (bei den Parteisekretären, die den Regierungschefs in der Parteihierarchie übergeordnet sind, handelt es sich freilich in der Regel um Han-Chinesen).

Ende 1995 soll es auf den verschiedenen Ebenen der Verwaltung folgende Anteile von Minderheitenvertretern gegeben haben:

- Ministerial-/Provinzebene: 11,96%
- Bezirksebene: 8,1%
- Kreisebene: 7,4%

Unter den Minderheiten-Staatsbediensteten seien mehr als 40% jünger als 40 Jahre, mehr als 75% besäßen einen Oberschul- oder gar Hochschulabschluß, zwei Drittel verfügten über vertiefte technische oder andere Fachkenntnisse. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

*(10) Stärkung der Grundlagenforschung durch Förderung der Nachwuchsausbildung

Nach eigener Einschätzung ist in China die Grundlagenforschung im Vergleich zum Westen schwach entwickelt. Diese Einschätzung gab der Präsident der Chinesischen Akademie der Ingenieurwissenschaften Zhu Guangya auf einem Forum über das 21. Jahrhundert, das vom 4.-6. Sept. 1996 in Beijing vom Nationalkomitee der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes veranstaltet wurde (vgl. dazu RMRB, 5. u. 7.9.96). Zhu machte diese Äußerung im Rahmen eines Vortrages mit dem Titel "Entwicklung von Wissenschaft und Technologie in Asien und China und ihr wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Einfluß". In dem Vortrag betonte er die strategische Bedeutung, die die asiatischen Hochwachstumsländer der Wissenschaft und Technik beimessen. Als Merkmale dieser Politik stellte er u.a. heraus, daß diese Länder die angewandten Wissenschaften und deren Zusammenhang mit der Wirtschaft betonten. Damit hätten diese Länder zwar ein hohes Entwicklungstempo erreicht, zugleich offenbare diese Politik jedoch auch eine Schwäche, nämlich die Vernachlässigung der Grundlagenforschung (XNA, 7.9.96). Obwohl der Akademiepräsident diese Äußerung nicht speziell auf China münzte, sondern alle schnell wachsenden Volkswirtschaften Asiens ansprach, war doch deutlich, daß seine Aussagen China in besonderem Maße betreffen.

Als wesentliches Hindernis für die Stärkung der Grundlagenforschung in China muß der Mangel an entsprechenden Nachwuchswissenschaftlern angesehen werden. Zur Behebung dieses Mangels ist im 9. Fünfjahrplan (1996-2000) vorgesehen, daß der Staat jedes Jahr 60 Mio. Yuan bereitstellt, die in

einen sog. "Staatlichen Fonds zur Ausbildung von Fachkräften für die Grundlagenforschung" eingezahlt werden (RMRB, 19.9.96). Damit steht die Ausbildung von Nachwuchskräften für die Grundlagenforschung erstmalig auf einem festen Fundament. Vorbereitungen für diese Ausbildung wurden bereits vor mehreren Jahren in Angriff genommen. So beschloß die Staatliche Bildungskommission bereits im Jahre 1990, für Forschung und Entwicklung in den Gebieten Hoch- und neue Technologien und anderen angewandten Wissenschaften wie Ingenieur- und Agrarwissenschaft, Medizin, ja selbst in Philosophie und einigen Sozial- und Geisteswissenschaften vermehrt Fachleute auszubilden und zu fördern. Zu diesem Zweck sollte auf nationaler Ebene aus den Reihen der Schwerpunktuniversitäten und einer kleinen Zahl von naturwissenschaftlichen und technischen Schwerpunkthochschulen eine Gruppe von Fachzentren für solche Grundlagenwissenschaften wie Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Geologie und Geographie ausgewählt werden. Beginnend mit dem Grundstudium, wurden diese Zentren Schritt für Schritt zu nationalen Ausbildungszentren für Forschungs- und Lehrpersonal in den Grundlagenwissenschaften ausgebaut.

Seit 1991 hat die Staatliche Bildungskommission nacheinander aus gut dreißig Universitäten und naturwissenschaftlich-technischen Hochschulen Fachzentren für Grundlagenforschung in den Fächern Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Geologie, Geographie, Klimatologie, Meereskunde, Astronomie, Mechanik und Psychologie ausgewählt und insgesamt 61 sog. "Stützpunkte für die Ausbildung von Forschungs- und Lehrpersonal für naturwissenschaftliche Grundlagenforschung" errichtet. Die 300 Mio. Yuan, die im 9. Fünfjahrplan für den "Fonds zur Ausbildung von Fachkräften für die Grundlagenforschung" bereitgestellt werden, sind hauptsächlich für die bereits bestehenden naturwissenschaftlichen Stützpunkte bestimmt sowie für eine Gruppe neuer Stützpunkte, deren Einrichtung gerade vorbereitet wird. Die Mittel werden u.a. für die Anschaffung von Lehrmitteln, Laborausrüstungen und Bibliotheksmaterialien verwendet. (RMRB, 19.9.96)

Die Ausbildungsstützpunkte sind an den besten Universitäten und Hochschulen des Landes angesiedelt, allerdings nicht an allen Schwerpunkthinstitutionen. Es gibt rund 100 Schwerpunktuniversitäten

und -hochschulen. Die Namen der dreißig Institutionen, an denen die ausgewählten Stützpunkte angesiedelt sind, wurden nicht bekanntgegeben. -st-

*(11)

Internationaler Archivkongreß in Beijing

Im Anschluß an den internationalen Bibliothekskongreß fand vom 2.-7. Sept. 1996 in Beijing der 13. Internationale Archivkongreß statt. Der Kongreß stand unter dem Motto "Archivarbeit am Ende dieses Jahrhunderts - Rückblick und Perspektiven". An dem Kongreß nahmen 2.600 Vertreter aus 130 Ländern und Regionen teil. Der Internationale Vorstand für Archivwesen war 1950 in Paris von der UNESCO gegründet worden. China trat ihm 1980 bei (vgl. RMRB, 3.9.96). Zur Eröffnung sprach Ministerpräsident Li Peng; er betonte, daß Archive das gesellschaftliche Leben der Menschheit dokumentierten und ein wichtiger Bestandteil des kulturellen Welterbes seien. China sei ein Land mit einer langen Geschichte und einer glänzenden Kultur; es habe eine herausragende Tradition auf dem Gebiet des Archivwesens, und diese Tradition habe bewirkt, daß die nationale Kultur von Generation zu Generation weitervererbt worden sei und daß die chinesische Zivilisation bis heute einen starken Zusammenhalt im Volk schaffe (vgl. den Wortlaut der Rede in RMRB, 3.9.96).

China reklamiert für sich eine Geschichte des Archivwesens von 3.500 Jahren (dies erwähnte der Präsident des Internationalen Vorstands für Archivwesen sogar in seiner Begrüßung, s. XNA, 3.9.96). Als ältestes Archiv in China - "und möglicherweise ältestes in der Welt" - bezeichnen chinesische Archivare eine Fundstätte im Tal des Gelben Flusses, wo vor über 3.200 Jahren in einem Keller ein Archiv angelegt worden sei. Archäologen hätten daraus gut 20.000 Tierknochen und Schildkrötenpanzer mit piktographischen Aufzeichnungen geborgen. Von der Han-Zeit (206 v.-220 n.Chr.) bis zur Qing-Dynastie (1644-1911) sei unter allen Regierungen erfolgreiche Archivarbeit geleistet worden. Bereits im 3. Jh. v.Chr. habe die Han-Dynastie ein Archiv für die voraufgegangenen Dynastien eingerichtet. Das Kaiserliche Archiv der Ming-Dynastie (1368-1644) sei seinerzeit mit 1,79 Mio. Bänden über Steuern und Dienstleistungen das größte Chinas gewesen, sei jedoch nicht erhal-